

Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt
Tageblatt Riesfa.
Bernauer Str. 20.
Telefon Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschm. des Amtsgerichts und der Amtsverwaltung beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530
Strolache
Riesfa Nr. 22

Nr. 57.

Sonnabend, 8. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Druckschreibweise (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Reklameweise 100 Gold-Pfennige; jeztraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt zuzüglich, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Anzeigenbeilagen "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesfa.

Der Nachtrags-Etat für 1929.

Bd. Berlin. Der Haushalts-Ausschuß des Reichstages beriet den Nachtrags-Etat für 1929. Von verschiedenen Abgeordneten wurde darauf hingewiesen, daß die Verhandlungen mit der Reichsbahn über eine Verabreichung der Entschädigung für die Preisfahrten der Reichsbahnabgeordneten zu keinem Erfolge geführt haben. Die Entschädigung betrüge nach wie vor 1 250 000 Mark im Jahr. Der Ausschuß beschloß, die endgültige Stellungnahme zur Entschädigungsfrage der Reichsbahn für die Preisfahrten der Abgeordneten der Beratung des Etats 1930 zu überlassen. Beim Etat des Auswärtigen Amtes fragte Abg. Dr. Schreiber (Str.), ob das Auswärtige Amt glaubt, mit dem verzinnten Etat in den nächsten Jahren auskommen zu können. Abg. Deins (Soc.) fragte, ob die Ersparnisse wirklich echte Ersparnisse sind. Abg. Köhler (Str.) bemerkte, daß der Nachtrags-Etat des Auswärtigen Amtes vollständig auf dem Rahmen der übrigen Nachtrags-Etats beruht. Seine Fraktion könne sich mit der unterschiedlichen Behandlung nur dann einverstanden erklären, wenn die angegebenen Ersparnisse für 1929 wirklich durchgeführt werden. Abg. Bernbard (Dem.) bemerkte, daß die Ersparnisse wirklich echt, d. h. dauernd sind.

Min. Direktor Dr. Schneider (Ausw. Amt) führte aus, daß das Auswärtige Amt befreit gewesen sei, die Soll-Ausgaben mit den Ist-Ausgaben in Einklang zu bringen. Nach dem Voranschlag werde der Etat für 1930 sogar niedriger sein als für 1929.

Weiterberatung Sonnabend.

Vorläufig kein Schulgeleß.

Bd. Berlin. Der Bildungsausschuß des Reichstages hielt am Freitag eine Sitzung ab, in der zunächst die Frage der Lehrerbildung behandelt wurde. Der Allgemeine Deutsche Lehrerverein hatte in einer Eingabe das volle Universitätsstudium gefordert. Die Vertreter des Reichsinnenministeriums und des Finanzministeriums sprachen sich gegen die Eingabe aus. Mit den Stimmen der Sozialdemokraten wurde aber beschlossen, die Eingabe der Reichsregierung zur Berücksichtigung anzuüberweisen.

Der Ausschuß befragte dann den Antrag der Abg. Dr. Mumm und Dr. v. Reubell (Chr. Nat. Verb.), alsbald die Beratung des dem Ausschuß überwiesenen Reichsschulgesetzes in Angriff zu nehmen. Für die Regierungsparteien sprachen sich die Abg. Schulz (Soc.), Frau Weber (Str.) und Dr. Munkel (Dap.) gegen den Antrag aus, da zur Zeit eine Aussicht auf Beratung des Schulgesetzes nicht vorhanden sei. — Der Reichsinnenminister hatte dem Ausschuß in einem Schreiben mitgeteilt, daß noch auf Jahre hinaus bei der Lage der Reichsfinanzen an ein Schulgeleß, das neue Lasten bringe, nicht gedacht werden könne. — Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller und der Deutschnationalen abgelehnt.

Die Stellung der Industrie zum Finanz- und Steuerprogramm.

Bd. Berlin. Anlässlich der Veröffentlichung des Finanz- und Steuerprogramms der Reichsregierung sind die Spitzenverbände von Industrie, Banken, Handel und Landwirtschaft zu einer Besprechung zusammengetreten. Als Ergebnis der Aussprache wurde beschlossen, der Reichsregierung und den Koalitionsparteien zum Ausdruck zu bringen, daß dieses Programm nicht den Notwendigkeiten einer auf Belebung der Wirtschaft und Winderung der Arbeitslosigkeit gerichteten Finanz- und Wirtschaftspolitik entsprechen. Die Spitzenverbände halten nach wie vor an den von ihnen seit langem vertretenen Vorschlägen fest, deren Verwirklichung unverszöglich in Angriff genommen werden müsse.

Was wird mit der Reichsbahn?

Bd. Berlin. Die Entscheidung über den Antrag der Reichsbahngesellschaft auf Erhöhung der Tarife dürfte nun in den nächsten Tagen bevorstehen, wenn es gelungen sein wird, eine Einigung über den Haushaltsplan für 1930 in großen Zügen herbeizuführen. Die Reichsbahn leidet offenbar großen Wert auf eine baldige Entscheidung, da sie durch die bisherige nunmehr fast ein Jahr andauernde Verzögerung in große Geldschwierigkeiten gekommen ist, das erhebliche Abbaumassnahmen erforderlich wurden. Falls das Reichsministerium alsbald zu einem Beschluß kommen würde, könnte die Tarifherabsetzung bereits am 1. April in Kraft treten. In wirtschaftlichen Kreisen sieht man auf diese Entwicklung mit erheblicher Besorgnis, weil man nicht nur Verteilungsfragen für unermesslich hält, sondern insbesondere auch Lohnbewegungen befürchtet. Man hätte es lieber gesehen, wenn die Reichsbahngesellschaft auf andere Weise, etwa durch Rückvergütung eines Teiles der Betriebssteuern in den Besitz der Mittel gekommen wäre, die zum Ausgleich ihrer Betriebsrechnung erforderlich sind. Das Ansehen der Tarife gerade bei dieser zentralen Verkehrsrichtung bedeutet im Verein mit den zu erwartenden neuerlichen Belastungen eine weitere Verschärfung der deutschen Wirtschaftslage.

Schacht zurückgetreten.

Politische Gründe.



Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

Bd. Berlin, 8. März. In der heutigen Zentralbankkonferenz der Reichsbank, in der, wie berichtet, der Diskontsatz um 1/2 Prozent auf 5 1/2 Prozent gesenkt wurde, machte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht die Mitteilung, daß er sein Amt niederlegen werde, und zwar begründet er diesen Entschluß damit, daß seine Einstellung zum Huns-Plan und dem Ergebnis, das die politischen Konferenzen im Haag aus ihm gemacht hätten, ihm ein Verbleiben an der Spitze der Reichsbank nicht mehr möglich erscheinen ließen.

Schon bei verschiedenen Gelegenheiten hat Dr. Schacht zu erkennen gegeben, daß er in der Frage der Durchführung des Huns-Planes und der internationalen Organisationen, die damit verbunden sind, eine andere Stellung einnehme als die deutsche Regierung. In deutlicher Erinnerung ist insbesondere noch das Kulturgespräch auf der zweiten Haager Konferenz, auf der er sich zunächst weigerte, die Mitwirkung der Reichsbank an der Internationalen Bank zu bewerkstelligen. Erst der bekannte Entschluß der deutschen Regierung, durch den mittels Statutenänderung der Reichsbank deren Beteiligung an der Internationalen Bank festgesetzt wurde, zwang Schacht zum Nachgeben. Auch in der Folgezeit hat er bei den internationalen Verhandlungen über die Konstitutionierung der Internationalen Bank und ihrer Leitung eine Haltung eingenommen, die etwa mit dem Ausdruck passive Resistenz bezeichnet werden kann. Erst vor wenigen Tagen kam es bei den Verhandlungen in Rom zu Auseinandersetzungen zwischen Dr. Schacht und den Vertretern verschiedener ausländischer Mächte, die Dr. Schacht Anlaß gaben, in Ausführungen vor den deutschen Pressevertretern seinen auch von dem der deutschen Regierung abweichenden Standpunkt in scharf ausgeprägten Worten darzulegen. Dr. Schacht trat insbesondere dagegen auf, daß zum Generaldirektor der Internationalen Bank das Mitglied des Direktoriums der Bank von Frankreich, Herr Duesneau, ernannt werden solle. Zweifellos ist die Wahl eines französischen Generaldirektors in demselben Interesse keineswegs zu begründen, doch sind die Anschauungen darüber nicht einheitlich, ob von deutscher Seite alles getan worden sei, um dieser Wahl rechtzeitig und in zweckentsprechender Weise entgegenzuwirken. Dr. Schacht hat seinerzeit erklärt, daß während der Baden-Badener Verhandlungen die Frage der Besetzung des Direktoriums der Internationalen Bank überhaupt nicht zur Erörterung gestanden habe. Er habe aber gegenüber einer privaten Mitteilung keine Zweifel daran gelassen, daß er mit einer Wahl des Herrn Duesneau nicht einverstanden sei.

An der Börse hat der Entschluß Dr. Schachts ebenso wie in den Bankkreisen Ueberraschungen ausgelöst, und die mit diesem Entschluß verbundene Unsicherheit hat dazu beigetragen, das Kursniveau zu drücken.

Die Börse und Schacht.

Bd. Berlin. Das Bekanntwerden der Rücktrittsabsicht des Reichsbankpräsidenten hat gestern an der Berliner Börse eine Panik ausgelöst. Es gab Kursstürze, die zu ersten Bedenken Anlaß gaben. Die Erklärung liegt darin, daß man namentlich an der Börse der Auffassung ist, daß die deutsche Kreditfähigkeit im Auslande zumeist durch den Namen Schacht getragen werde. Es gab ja selbst in der Regierung Männer, die die Ansicht vertraten, daß ein so scharfes Vorgehen gegen Schacht und den Auslandskredit untergraben könne. Inzwischen ist man in der Regierung wohl anderer Ansicht geworden, während man an der Börse noch immer glaubt, daß Ausland habe nur zu Schacht Vertrauen gehabt und werde jetzt sein Interesse für Deutschland einschränken. Man kann annehmen, daß sich die Börse schnell beruhigt, da heute schon aus dem Auslande Stimmen laut werden, die denents lassen, daß man das Interesse für

Deutschland nicht mit der Person des Reichsbankpräsidenten verbindet. Man kann in französischen Zeitungen sogar lesen, daß dort der Rücktritt Schachts begrüßt wird, und daß man den Reichsbankpräsidenten als einen Stein des Anstoßes ansah.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

machte folgende Mitteilung:

Von Zeit zu Zeit gehen völlig aus der Luft gegriffene Nachrichten über die angebliche Höhe der Dienstbezüge und über Absindungen der Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums durch die Presse, die neuerdings sogar zu Anfragen im Parlament geführt haben. Es war bisher nicht üblich, Einzelheiten privater Anstellungsverträge zum Gegenstand öffentlicher Erörterungen zu machen. Das Reichsbankdirektorium hat jedoch in vertraulichen Besprechungen in den Ausschüssen des Reichstages die genauen Ziffern aller Dienstbezüge des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums genannt und wünscht hier öffentlich zu erklären, daß die in der Presse genannten Ziffern maßlos übertrieben sind. Entsprechend den Bestimmungen des Bankgesetzes werden die dienstlichen Bezüge für Präsident und Mitglieder des Reichsbankdirektoriums vom Generalrat der Reichsbank festgesetzt, der für sich das Vertrauen beanspruchen kann, daß er dabei nach angemessenen Maßstäben verfährt. Absindungen beim Ausscheiden aus dem Dienst werden weder an den Präsidenten noch an die Mitglieder gezahlt. Für die Tätigkeit des Präsidenten und der Mitglieder des Reichsbankdirektoriums bei der Golddiskontbank werden Vergütungen oder Entschädigungen irgendwelcher Art nicht gewährt.

Die Wirtschaftspartei für das Verbleiben Schachts.

Bd. Berlin. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat an den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht folgende Schreiben gerichtet: „Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat mit großer Befürzung davon Kenntnis genommen, daß Sie von Ihrem Posten zurücktreten wollen. Angesichts der außerordentlich bedrohlichen Lage unserer Wirtschaft und anderer Vaterlandes überhaupt bittet die Fraktion Sie dringend, auf Ihrem Posten zu verbleiben.“

Die Pläne Dr. Schachts.

Bd. Berlin. Gegenüber den Gerüchten, Dr. Schacht beabsichtige, ein Memorandum zu veröffentlichen, in dem er nochmals seine Bedenke über die finanziellen Folgen der Haager Abmachungen und seine Bedenken gegen die geplante Steuererhöhung darlegen wolle, erzählt der „Völkenturier“ zuverlässig, daß Dr. Schacht nicht daran denke, ein neues Memorandum herauszugeben zu lassen. Er wolle sich vollständig ins Privatleben zurückziehen und sich der Verwaltung seines Gutes widmen. Aus seiner nächsten Umgebung wurde berichtet, daß er in fernerer Weise aus politischen Gründen den gegenwärtigen Zeitpunkt gewählt habe, um seine schon im Haag erwogenen Rücktrittsabsichten zu verwirklichen. Auch der Herr Duesneau habe seine Rolle gespielt. Sein Entschluß sei jetzt endgültig gereift, weil er die Auswirkungen der gegenwärtigen finanziellen Konstellation nicht zu verantworten vermöge.

Um die Nachfolge Schachts.

Bd. Berlin. Die Morgenblätter beschäftigen sich ausführlich mit dem Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Auch die Frage, wer Dr. Schachts Nachfolger werden soll, wird von einigen Blättern ausführlich erörtert. Das Berliner Tageblatt hört, am Freitag habe eine Besprechung des Generalrats der Reichsbank stattgefunden, die sich mit der Frage der Nachfolgerschaft beschäftigte. Es scheint, daß die Kandidatur des früheren Reichsbankers Dr. Luther im Vordergrund liege. Der Name Dr. Luther wird auch von der „D.Z.“ genannt, die die Ansicht vertritt, daß Dr. Luther, der sich in das Verdienst der Stabilisierung mit Dr. Schacht teile, zweifellos das bei der Besetzung des Reichsbankpräsidentenpostens ausschlaggebende Vertrauen des Volkes besitzen würde, daß er es unter seinen Umständen zu irgendwelchen Erschütterungen der Währung kommen lassen würde. Luther wird weiter noch vom „Völkenturier“, von der Germania und auch vom „Vorwärts“ genannt. Franz Urbig von der Diskontogesellschaft wird vom „Völkenturier“ und der „D.Z.“ genannt. Staatssekretär a. D. Dr. Bergmann vom Völkenturier, der Germania und dem „Vorwärts“, der Hamburger Bankier Dr. Reichler von der „D.Z.“ und vom „Vorwärts“, der preussische Finanzminister Hopfer-Scholl vom „Völkenturier“, der „Germania“ und vom „Vorwärts“. Die „Germania“ nennt außerdem als Kandidaten Dr. Rehl, die „D.Z.“ Dr. Jeldits von der Berliner Handelsgesellschaft und der „Vorwärts“ neben dem jetzigen Vizepräsidenten der Reichsbank, Dr. Drewe, den Staatssekretär Dr. Trendelenburg.